

# Arbeitsstelle

# Rechtsextremismus

## Hintergrundpapier 1/2009 Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

Mit den Langzeiterhebungen zur "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" (GMF)<sup>1</sup> des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld in einer Sonderauswertung für Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 2006<sup>2</sup> und dem "Sachsen-Anhalt-Monitor 2007"<sup>3</sup> liegen zwei sozialwissenschaftliche Studien vor, die Demokratiedefizite und rechtsextreme Einstellungsmuster der Bevölkerung Sachsen-Anhalts detailliert beschreiben. Diese beiden Studien mit Regionalbezug lassen sich darüber hinaus mit zwei von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studien zu demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Einstellungen in Deutschland sowie zu ihren Hintergründen und Ursachen ergänzen – die Studie "Vom Rand zur Mitte" aus dem Jahr 2006<sup>4</sup> und die Nachfolgestudie "Ein Blick in die Mitte" (2008)<sup>5</sup>.

Die in diesen Studien dargestellten Befunde bilden neben den Erfahrungen aus der jahrelangen Arbeit des Vereins *Miteinander* in Sachsen-Anhalt die Grundlage für die folgende gesellschaftliche Situationsbeschreibung.

In den Blick sollen – neben den Einstellungen der sachsen-anhaltischen Bevölkerung – im zweiten Teil auch die Strukturen und Akteure des sachsen-anhaltischen Rechtsextremismus genommen werden.

### **1. Demokratiefeindlichkeit auf der Einstellungsebene**

#### *Grundlegende Befunde*

Insgesamt beschreiben die Studien, aber auch die Beobachtungen von *Miteinander* für Sachsen-Anhalt bzw. für Ostdeutschland eine tendenziell demokratiegefährdende Grundkonstitution der Gesellschaft.

Seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und den damit einhergehenden Erosionen der gewachsenen Infrastruktur in Ostdeutschland erleben wir in den neuen Bundesländern sowohl das Wachsen sozialer Widersprüche als auch – damit im Zusammenhang stehend – die Zunahme politischer und gesellschaftlicher Desintegrationsprozesse. Während insbesondere Schlüsselmultiplikator/innen für eine

---

<sup>1</sup> Folgende Elemente bilden das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit: Fremdenfeindlichkeit, Etabliertenvorrechte, Islamophobie, Obdachlosenabwertung, Homophobie, Behindertenabwertung, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus (vgl. HEITMEYER, Wilhelm, Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Phänomene, Erklärungen und die Entwicklungen über die Zeit, in DERS. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a. M. 2006, S. 21-36).

<sup>2</sup> GOSTOMSKI, Christian Babka von, Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (2002-2006), Bielefeld 2006.

<sup>3</sup> FÜRNBURG, Ossip/HOLTMANN, Everhard/JAECK, Tobias, Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, Halle (Saale) 2007.

<sup>4</sup> DECKER, Oliver/BRÄHLER, Elmar/GEIßLER, Norman, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006.

<sup>5</sup> DECKER, Oliver u. a., Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin 2008.

demokratische Zivilgesellschaft auf der Suche nach Zukunftsperspektiven in die alten Bundesländer abwandern, ist die ostdeutsche Gesellschaft mit hohen Zustimmungsraten der Bevölkerung zu fremdenfeindlichen und autoritären Einstellungsmustern konfrontiert. Hierbei gehen sozialdarwinistische Positionen gegenüber Sozialschwachen und nicht als dazu gehörig definierten Personengruppen einher mit einem hohen Anpassungsdruck hinsichtlich eines homogenen und als „normal“ empfundenen Sozialverhaltens.

Für einzelne menschenfeindliche und antidemokratische Einstellungsmuster ergibt sich dabei folgendes Bild:

### *Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*

Die hohe Akzeptanz fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung ist mit einer umfassenden Stigmatisierung aller als "fremd" wahrgenommenen Personengruppen verbunden. Hierzu zählen "äußere Fremde" wie z. B. Migrant/innen sowie "innere Fremde" wie z. B. vermeintlich sozial Bessergestellte. Dabei schlägt oftmals die Erfahrung eigener bzw. die Furcht vor Stigmatisierung um in Aggression und Gewaltbereitschaft gegenüber den als "Fremden" Ausgemachten.<sup>6</sup>

In Bezug auf fremdenfeindliche Stigmatisierungen finden insbesondere ausländerfeindliche und rassistische Einstellungsmuster in der Bevölkerung Sachsen-Anhalts hohe Verbreitung. Dabei konstatiert der "Sachsen-Anhalt-Monitor 2007", dass Menschen mit Hauptschulabschluss die höchste Zustimmungsbereitschaft zu ausländerfeindlichen Items zeigen. Gleichzeitig steigt mit dem Alter der Befragten des Sachsen-Anhalt-Monitors auch der Zustimmunggrad zu entsprechenden Positionen:<sup>7</sup>

Tab. 32: Einstellungen zu Ausländern nach Alter in Jahren und Schulabschluss  
(Nennungen stimme voll und ganz zu in Prozent)

F. 20e,f und F. 43a,b,c,d	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren					Schulabschluss		
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60	Haupt-schule	Real-schule	Abitur
Jeder sollte in seinem persönlichen Umfeld rechtsextremistischen Tendenzen entgegenzutreten.	73	66	67	70	78	77	63	73	83
Die BRD ist durch Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	23	17	19	25	24	26	35	28	7
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.	45	21	31	42	43	61	67	47	27
Wenn Arbeit knapp wird, sollte man die hier lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	13	7	8	10	14	16	23	13	4
Man sollte den hier lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.	8	5	4	10	10	9	11	11	3
Die in Dtl. lebenden Ausländer sollten ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.	10	5	2	6	10	15	18	11	1

Auch die Bielefelder Studie zur "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" verdeutlicht, dass fremdenfeindliche Einstellungen in Sachsen-Anhalt mitnichten ein Randphänomen darstellen, sondern entsprechende Einstellungsmuster auch weite Verbreitung in der so genannten Mitte der Gesellschaft finden. Demnach sind zwei Drittel aller Befragten der Meinung, es leben zu viele Ausländer/innen in Deutschland. 45,2 Prozent würden die Ausweisung von Ausländer/innen befürworten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Der Aussage, die Weißen seien zu Recht führend in der Welt, stimmten 18,4 Prozent der Sachsen-Anhalter/innen zu. Einen ähnlich hohen Grad der Zustimmung, nämlich 17,9 Prozent, erfährt die Ansicht, dass Juden in Deutschland zu viel Einfluss hätten. Dabei ist zu beobachten, dass die Zustimmungswerte bei den Altersgruppen der über 60-Jährigen und der 35- bis 60-Jährigen höher sind als bei jungen Menschen.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> DECKER u. a. 2008, S. 179-183.

<sup>7</sup> FÜRNBURG, HOLTMANN, JAECK 2007, S. 68.

<sup>8</sup> Vgl. zu diesen Werten: GOSTOMSKI 2006, S. 17-28.

Diese alarmierend hohen Zustimmungsraten finden sich in ähnlicher Form auch in den Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Gruppeninterviews von "Ein Blick in die Mitte" mit Personen aus Ostdeutschland vermitteln hier sogar noch einen wesentlich dramatischeren Befund: Sie zeigten auch bei denjenigen ausländerfeindliche und rassistische Einstellungen, die in den Fragebögen der Vorgängerstudie des Jahres 2006 entsprechenden Aussagen nicht oder nur teilweise zugestimmt hatten.<sup>9</sup>

### *Sozialdarwinistische und antidemokratische Einstellungen*

Von den Autor/innen des "Sachsen-Anhalt-Monitors 2007" nach ihrer Zustimmung zur Demokratie befragt, bekannten sich von 1 000 für die Untersuchung ausgewählte wahlberechtigten Bürger/innen 80 Prozent (42 Prozent voll und ganz, 38 Prozent eher ja als nein) zur Demokratie als beste Staatsform. Bei Jugendlichen im Alter von 18 bis 24 Jahren lag der Anteil der Zustimmung bei 79 Prozent.<sup>10</sup> Das zunächst positive Ergebnis erfährt jedoch eine Korrektur durch einen hohen Grad an Unzufriedenheit über den Zustand der Demokratie in Sachsen-Anhalt (57 Prozent). Diese Unzufriedenheit ist stark an die vermeintliche oder tatsächliche Leistungsbilanz von politischen Akteuren in den für wichtig erachteten Politikfeldern gebunden. Die geringste Problemlösungskompetenz wird der Politik in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Überalterung und Qualität der Schulen zugetraut. Beim Vertrauen in Institutionen rangieren die Parteien auf dem letzten Platz, während die Polizei und der Bundespräsident einen höheren Vertrauensvorsprung genießen. Allerdings ist das Vertrauen in die Polizei in der Bevölkerung des ländlichen Raums deutlich geringer. Insgesamt mussten alle aufgeführten Institutionen gegenüber dem Jahr 2000 einen dramatischen Vertrauensverlust hinzunehmen:

- Bundestag: minus 23 Prozent; Parteien: minus 23 Prozent; Bundesregierung: minus 18 Prozent; Kirchen: minus 17,7 Prozent; Medien: minus 17 Prozent<sup>11</sup>

Die aufgeführten Befunde korrespondieren in hohem Maße mit den Politik- und Identitätsangeboten der Jungen Nationaldemokraten (JN) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) – den derzeit wichtigsten rechtsextremen Organisationen in Sachsen-Anhalt – vor allem im Hinblick auf die Aspekte:

- Freiheit vs. Sicherheit,
- Kriminalitätsangst,
- personalisierte Autoritäten vs. demokratische Institutionen sowie
- Unzufriedenheit mit der Politik.

Diese antidemokratischen Einstellungen gehen oftmals einher mit einer autoritären Grundhaltung gegenüber gesellschaftlichen Problemlagen. Hierbei sind insbesondere zwei Phänomene zu beobachten: Zum einen führt bei vielen die Klage über die eigenen (schwierigen) Lebensverhältnisse schnell zum Hass auf die (vermeintlich) verantwortlichen Politiker/innen sowie zu aggressiven Ressentiments gegenüber denjenigen, die sozial schlechter gestellt sind. Zum anderen erfolgt gleichzeitig eine verstärkt positive Rückschau auf eine autoritäre Gesellschaftsordnung wie die der DDR, die als sozialer empfunden wird.<sup>12</sup> So sind laut "Sachsen-Anhalt-Monitor 2007" 96 Prozent der Sachsen-Anhalter/innen der Meinung, dass in der DDR nicht alles schlecht war. 90 Prozent der Befragten meinen, dass man in der DDR trotz aller Einschränkungen gut leben konnte. 67 Prozent stimmten der Aussage zu, dass die Gründung der DDR vor allem auch soziale Motive hatte. Zugleich

---

<sup>9</sup> DECKER u. a. 2008, S. 248.

<sup>10</sup> FÜRNBURG, HOLTMANN, JAECK 2007, S. 19.

<sup>11</sup> Ebd., S. 21-34.

<sup>12</sup> DECKER u. a. 2008, S. 297f.

verneinte eine große Minderheit von 16 Prozent den diktatorischen Charakter der DDR-Gesellschaft.<sup>13</sup>

Die Kombination aus autoritärem Sozialstaatsverständnis und Demokratiefeindlichkeit spiegelt sich auch in den Vorstellungen der Bevölkerung zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte wider. Insbesondere mit zunehmendem Alter vertreten steigende Teile der Sachsen-Anhalter/innen entsprechende Einstellungen. Aber auch bei Jugendlichen zeigten sich bei den Umfragen des „Sachsen-Anhalt-Monitors 2007“ noch besorgniserregende Werte.<sup>14</sup>

F. 20b: Wenn es Not tut, ist eine Diktatur die bessere Staatsform.

	Sachsen-Anhalt (Ø)	Alter in Jahren				
		18-24	25-34	35-44	45-59	>60
<b>Stimme voll zu</b>	5	4	2	4	7	7
<b>Stimme eher zu</b>	10	7	7	9	11	14
<b>Lehne eher ab</b>	23	26	21	32	19	20
<b>Lehne völlig ab</b>	59	63	70	54	60	55

Angaben in Prozent, Alter in Jahren

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/ keine Angabe/ rundungsbedingt

In den Antworten zu Einzelaspekten einer demokratischen Gesellschaft wird die Tendenz zu autoritären Einstellungen noch deutlicher:

- 40 Prozent (33 Prozent der Jugendlichen zwischen 18 und 24) sind der Meinung, dass "Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung [...] dem Allgemeinwohl [schaden]".
- 66 Prozent (72 Prozent der Jugendlichen) meinen, dass es "Aufgabe der politischen Opposition ist [...], die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen und deren Entscheidungen mitzutragen".
- 88 Prozent (76 Prozent der Jugendlichen) stimmen der Aussage zu: "Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Interessen des Einzelnen stehen."<sup>15</sup>

Hier treffen mangelnde Empathiefähigkeit für soziale „Randgruppen“ und der Ruf nach „radikalen“ Lösungen aufeinander. Forderungen nach Arbeitszwang und autoritären Maßnahmen beispielsweise gegenüber Hartz-IV-Empfänger/innen verbinden sich mit aggressiv-verfolgenden Haltungen gegenüber Schwächeren und denjenigen, die im Verdacht stehen, dass es ihnen ohne Arbeit besser geht.<sup>16</sup>

### *Gewaltbilligung*

In ihrer Gewaltbereitschaft erfahren Rechtsextreme häufig stillschweigenden, zum Teil aber auch offenen Zuspruch von Teilen der Gesellschaft, die – wie oben ausgeführt – tendenziell ähnlich abwertende Einstellungen gegenüber den Opfergruppen rechter Gewalt besitzen. So gaben 24 Prozent der Ostdeutschen an, selbst zwar nie physische Gewalt anwenden zu wollen, aber es gut zu finden, dass diese Gewalt von anderen angewendet und "auf diese Weise für Ordnung gesorgt" wird. Zudem wären zwölf Prozent bereit, selbst Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen anzuwenden. Elf Prozent halten Gewalt für ein normales menschliches Verhalten.<sup>17</sup> Für die Gruppe von Ostdeutschen, die im Rahmen der

<sup>13</sup> FÜRNBURG, HOLTMANN, JAECK 2007, S. 61.

<sup>14</sup> Ebd., S. 19.

<sup>15</sup> Ebd., S. 20.

<sup>16</sup> DECKER u. a. 2008, S. 305-315.

<sup>17</sup> DECKER, BRÄHLER, GEIßLER 2006, S. 69.

Decker/Brähler-Studie ein geschlossen rechtsextremes Weltbild erkennen ließen, sind Akzeptanz von Gewalt und Gewaltanwendung entsprechend höher ausgefallen. Hier gaben jeweils deutlich über 30 Prozent an, bereit zu sein, selbst Gewalt anzuwenden, Gewaltanwendung zu befürworten oder Gewalt als ganz normales menschliches Verhalten zu betrachten.<sup>18</sup>

Im Rahmen der Langzeituntersuchungen der Universität Bielefeld wurde ebenfalls nach dem Verhältnis zur Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer und sozialer Interessen gefragt. Dabei fanden für den Grad der Gewaltbilligung die Aussagen "Wenn sich andere bei uns breit machen, muss man ihnen unter Umständen unter Anwendung von Gewalt zeigen, wer Herr im Hause ist." sowie "Durch Anwendung von Gewalt können klare Verhältnisse geschaffen werden." Berücksichtigung. Immerhin 13,2 Prozent der befragten Sachsen-Anhalter/innen stimmten diesen Positionen voll und ganz zu, weitere 7,8 Prozent teilten sie teils/ teils.<sup>19</sup> Auch hier korrespondiert die steigende Billigung von Gewalt mit der Zustimmung der Befragten zu den Elementen der "Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit".

### *Mangelnde demokratische Kompetenz und politisches Desinteresse*

Fremdenfeindliche und antidemokratische Einstellungen sowie hohe Zustimmungswerte zu autoritären und gewalttätigen Lösungsansätzen für gesellschaftliche Konflikte treffen in der ostdeutschen Bevölkerung auf weitverbreitete Resignation und Hilflosigkeit gegenüber den als übermächtig erscheinenden gesellschaftlichen Instanzen. Hier wird vor allem Unwissen deutlich über die Möglichkeiten der eigenen Teilhabe an den gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. Viele Menschen nehmen sich nicht als aktiv Beteiligte im demokratischen Gemeinwesen wahr. Politik wird ihrer Meinung nach nicht von ihnen selbst als Teil der Gesellschaft mit ausgehandelt, sondern von Berufspolitikern/innen gemacht. Während sich so auf der einen Seite Ansichten aufgrund starker Simplifizierungen und Personalisierungen herausbilden, wird auf der anderen Seite von vielen Menschen immer wieder die Komplexität und Undurchschaubarkeit der Dinge betont.

Zunehmend drückt sich solcherart demokratische Inkompetenz in einem generellen Desinteresse an (etablierter) Politik und der Schwierigkeit aus, Demokratie mit Leben zu füllen.<sup>20</sup> Wie bereits 2002 die Autor/innen der vom Kultusministerium Sachsen-Anhalts in Auftrag gegebenen, landesweiten Studie der Universität Halle-Wittenberg<sup>21</sup> musste auch der "Sachsen-Anhalt-Monitor 2007" diesen Befund insbesondere bei Jugendlichen bestätigen: Fast zwei Drittel (62 Prozent) der 18- bis 24-Jährigen bekundeten ein geringes bzw. gar kein Interesse an der etablierten Parteienpolitik.<sup>22</sup>

## **2. Demokratiefeindlichkeit auf der Handlungsebene**

Die demokratieskeptischen bis antidemokratischen Einstellungen vieler Sachsen-Anhalter/innen schlagen sich – das zeigt das hohe Desinteresse an politischen Fragen – nicht automatisch in rechtsextremen Handlungs- bzw. Verhaltensweisen nieder. Zum rechtsextremen Verhalten gehören dabei nicht nur Gewalttaten, sondern z. B. auch die Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen, die Wahl rechtsextremer Parteien, sowie alle anderen rechtsextrem motivierten Formen der politischen Beteiligung, von der Unterschriftensammlung bis zur Straßendemonstration.<sup>23</sup>

---

<sup>18</sup> Ebd., S. 76.

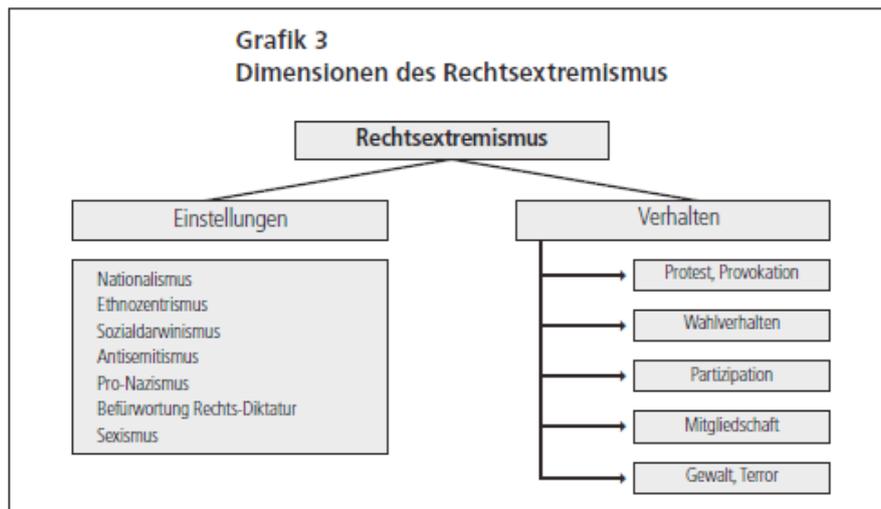
<sup>19</sup> GOSTOMSKI 2006, S. 55ff.

<sup>20</sup> DECKER u. a. 2008, S. 306-352.

<sup>21</sup> KRÜGER, Heinz-Hermann u. a., Jugend und Demokratie. Politische Bildung auf dem Prüfstand. Eine quantitative und qualitative Studie aus Sachsen-Anhalt, Opladen 2002.

<sup>22</sup> FÜRNBURG, HOLTSMANN, JAECK 2007, S. 41.

<sup>23</sup> STÖSS, Richard, Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005, S. 25.



Dennoch führen die hohen Zustimmungsraten zu (einzelnen) rechtsextremen Einstellungsmustern<sup>24</sup> zu einer weit verbreiteten Gleichgültigkeit oder gar Akzeptanz rechtsextremer Erscheinungsformen und Aktivitäten. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den Entwicklungen extrem rechter Strukturen oder auch dem konstant hohen Niveau rechts motivierter Gewalttaten in Sachsen-Anhalt.

#### *Rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Gewalt*

Sowohl Aktivist/innen der „Freien Kameradschaften“, der NPD und deren Umfeld als auch rassistisch oder rechts motivierte Einzeltäter/innen sind für eine anhaltend hohe Zahl von Gewalttaten gegen nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene, Migrant/innen, sozial Randständige, Wohnsitzlose und Menschen mit Beeinträchtigungen verantwortlich. Mit 183 der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt bekannt gewordenen Fällen im Jahr 2006 hat sich die Zahl der Angriffe seit 2003 mehr als verdoppelt. Für das Jahr 2007 zählte die Opferberatung 183 politisch rechts motivierte Gewalttaten in Sachsen-Anhalt, darunter 125 Körperverletzungsdelikte. Im Jahr 2008 wurden bislang 153 rechte Angriffe, darunter zwei Tötungsdelikte, registriert. Bei allen hier vorgestellten Zahlen wird nur ein Ausschnitt aus der Realität wiedergegeben, da gerade im Deliktbereich der politisch motivierten Kriminalität von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen ist.

Neben dieser mittlerweile fast alltäglichen Gewalt ereigneten sich in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt zahlreiche Vorfälle in Verbindung mit rechten und rassistischen Gewalttaten, die überregional großes Aufsehen erregten. Dazu gehören u. a. folgende: Im Januar 2006 quälten fünf rechte Jugendliche einen zwölfjährigen afrodeutschen Jungen in Pömmelte über eine Stunde lang. Im Oktober des gleichen Jahres demütigten an einer Sekundarschule in Parey rechtsextreme Jugendliche einen Mitschüler, indem sie ihn zwangen, mit einem antisemitischen Schild über den Schulhof zu laufen. Im gleichen Monat überfielen Dutzende Neonazis eine Geburtstagsfeier in Gerwisch und prügelten auf die Feiernden ein. Am 6. Januar 2007 warfen Rechtsextreme Molotow-Cocktails auf eine Flüchtlingsunterkunft in

<sup>24</sup> Wir gehen in diesem Zusammenhang von einer Definition des Rechtsextremismus aus, wie sie beispielsweise Hans-Gerd Jaschke formuliert hat. Jaschke bezeichnet Rechtsextremismus als "Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethisch bedingten Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechtsdeklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter Rechtsextremismus verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindungen damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen." (JASCHKE, Hans-Gerd, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Opladen 1994, S. 31).

Sangerhausen. Ein Brandsatz schlug durch das Fenster in die Wohnung eines Asylsuchenden aus Burkina Faso. In letzter Minute gelang es ihm, dem Feuer zu entkommen und seine Mitbewohner/innen zu warnen, so dass niemand verletzt wurde. Die Unterkunft und ihre Bewohner/innen waren bereits zuvor mehrere Male Angriffsziel von Neonazis gewesen. In den frühen Morgenstunden des 9. Juni 2007 wurde ein 14-köpfiges Theaterensemble nach der Premiere ihres in Thale aufgeführten Stückes „Rocky Horror Picture Show“ in Halberstadt angegriffen. Dabei wurden fünf männliche Mitglieder des Theaterensembles durch Faustschläge und Fußtritte so schwer verletzt, dass sie ambulant und teilweise auch stationär im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Rechtsextreme Einstellungen und Feindbilder besitzen jedoch nicht nur eine gewalttätige sondern immer wieder auch eine tödliche Dimension: In der Nacht zum 16. August 2008 wurde ein 20-jähriger Magdeburger in der Nähe der Diskothek „Funpark“ in Magdeburg so schwer durch Schläge und Tritte verletzt, dass er an seinem eigenen Blut erstickte. Zwei Tage nach der Tat nahm die Polizei einen wegen gefährlicher Körperverletzung, Volksverhetzung und räuberischer Erpressung vorbestraften Rechtsextremen fest. Polizeibekanntes Rechte gelten auch bei zwei weiteren Tötungsdelikten aus dem Sommer 2008 als Tatverdächtige: ein 19-jähriger Jugendlicher aus Bernburg aus sozial randständigen Verhältnissen wurde durch einen gleichaltrigen Rechten erstochen; und am 1. August 2008 quälten zwei Rechtsextreme einen 50-jährigen Mann in Dessau zu Tode, der in einer Einrichtung des betreuten Wohnens lebte. Die schwierige Zuordnung der Tathergänge zu politisch motivierten Gewaltstraftaten und/oder die Tatsache, dass die Opfer nicht in das typische Raster von Opfergruppen rechter Gewalt passen, führen in der Öffentlichkeit dazu, dass die Taten nicht im Kontext von Rechtsextremismus und Demokratiegefährdung wahrgenommen werden. In diesen Kontext aber sind sie durchaus einzuordnen. Vor dem Hintergrund der zu Anfang beschriebenen Defizite ist die Gesellschaft in Sachsen-Anhalt mit einer zunehmenden kollektiven und individuellen Auflösung von Wert- und Grenzvorstellungen konfrontiert. Infolgedessen werden die stark verbreiteten sozialdarwinistischen und fremdenfeindlichen Diskurse immer wieder in eine gewalttätige Praxis umgesetzt. Insbesondere bei rechtsextrem sozialisierten Täter/innen kommt es dabei teilweise zu einer völligen Entgrenzung der Gewalt bis hin zu Tötungsdelikten.

### *Rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt*

Neben einer ausgeprägten Gewaltbereitschaft ist der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren insbesondere von einem jugendkulturellen Aktionismus geprägt. Zusätzlich lassen sich Tendenzen zur Verankerung rechter Lebensformen und Politikangebote in unterschiedlichen Kommunen und Regionen finden.

Dass die Öffentlichkeit in letzter Zeit verstärkt auf rechtsextreme Akteure aufmerksam geworden ist, resultiert unter anderem aus Interventions- und Aktionsformen der Szene, die bisher nicht zum engen politischen Repertoire des Rechtsextremismus gehörten. Immer wieder zählten in den letzten Jahren zumeist kurzfristig angesetzte und regional begrenzte Mahnwachen zu tagespolitischen Anlässen auf eine an Emotionen und Ressentiments anknüpfende Stimmungslage in der Bevölkerung. Häufig nutzen rechtsextreme Akteure dabei Methoden der Mimikry und geben sich bewusst bürgerlich, etwa bei der jährlichen Inszenierung von Gedenkkundgebungen zum Volkstrauertag auf zahlreichen sachsen-anhaltischen Friedhöfen. Allerdings erlangten diese neuen Aktionsformen des organisierten Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt bisher noch nicht die soziale Verankerung im vorpolitischen Raum, welche namentlich von der NPD seit langem propagiert wird. Hier kann allenfalls von einer exemplarischen Umsetzung in Form von Einzelereignissen, wie z. B. dem so genannten Sommerfest der Nationalen Bewegung in Sangerhausen, gesprochen werden. Dennoch verdienen solche Bestrebungen die Aufmerksamkeit demokratischer Akteure, da sie auf den Versuch einer verdeckten Inkulturation rechtsextremer Inhalte und sozialer Praktiken verweisen, die in anderen Bundesländern bereits sehr viel weiter fortgeschritten ist.

Nach wie vor dominieren jedoch die klassischen Aktions- und Selbstinszenierungsformen das Auftreten der rechtsextremen Szene. Hierzu zählen Aufmärsche, Störungen von Veranstaltungen des politischen Gegners sowie andere Formen der Provokation, bspw. in Print- und Internetmedien. Fester Bestandteil neonazistischer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt ist z. B. im Januar eines jeden Jahres der Aufmarsch zum Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs im Zweiten Weltkrieg. Diese Aufmärsche mit bis zu 1 000 Teilnehmer/innen aus ganz Deutschland sind ein Kristallisationspunkt der rechtsextremen Szene, die der Stärkung der Binnenidentität dienen. Sie bilden alljährlich den überregionalen Auftakt zu ähnlichen Veranstaltungen, z. B. in Dresden oder Dessau.

Bei der Auswahl ihrer Themen setzt die extreme Rechte seit 2005 vor allem auf Themen, die stark polarisieren oder von der Bevölkerung als besonders emotional aufgenommen werden. Dies sind insbesondere Aspekte des Zusammenlebens und soziale Fragen. Hier stoßen neonazistische Akteure durchaus auf positive Resonanz, etwa bei der Thematisierung von Kindesmissbrauch oder der sozialen Ausgestaltung von Kommunalpolitik. Hingegen blieb die Außenwirkung der so genannten Antikap-Kampagne, die einen Antikapitalismus von rechts propagiert, bisher gering. Gleiches gilt für die Unterbreitung eines antisemitischen Deutungsangebots zur aktuellen Wirtschaftskrise oder aufwändig angelegte Kampagnen zum 8. Mai 1945 („Befreiungslüge“) sowie gegen Israel anlässlich der Eskalation des Nahostkonflikts während des Libanon- und des Gazakrieges.

Vor allem die Jahre 2007 und 2008 wiesen eine deutliche Verschärfung des Vorgehens gegen den als Feind beschriebenen politischen Gegner auf. Drohungen, Einschüchterungsversuche und gewalttätige Angriffe sind keine Seltenheit. Sie verfolgen vor allem das Ziel, gesellschaftlich ohnehin häufig diskriminierte Gruppen wie Migrant/innen und nicht-rechte Jugendliche zum Rückzug aus öffentlichen Räumen zu zwingen. In diesem Rahmen werden auch immer wieder Personen des öffentlichen Lebens, die für ihr demokratisches Engagement und ihre Auftreten gegen rechtsextreme Aktivitäten bekannt sind, zur Zielscheibe verleumderischer und ehrverletzender Kampagnen der extremen Rechten.

All dies vermittelt den Eindruck, der Umfang und die Präsenz rechtsextremer Politikangebote nähmen stetig zu. Tatsächlich ist die Zahl der rechtsextremen Akteur/innen in Sachsen-Anhalt relativ konstant geblieben. Zugenommen hingegen haben die Präsenz und die politische Professionalität des Erscheinungsbildes von NPD/JN und eines Teils der neonazistischen Kameradschaften.

Der Prozess des Aufbaus landesweiter Organisationsstrukturen hat sich in den vergangenen Jahren fortgesetzt und wird beispielsweise deutlich am Strukturaufbau der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN). Der JN gelang es binnen eines Jahres durch die Integration neonazistischer Kameradschaften mehrere so genannte Stützpunkte ihrer Organisation in Sachsen-Anhalt zu etablieren. Allerdings ist Ende 2007 die weitere Ausdehnung der JN-Strukturen zum Stillstand gekommen. Grund hierfür sind offenbar unterschiedliche Auffassungen über die politische Orientierung an der NPD bei den parteiunabhängigen Strukturen der extremen Rechten ("Freie Kameradschaften"). Mittlerweile lösten sich mehrere „Stützpunkte“ auf oder stellten ihre wahrnehmbaren Aktivitäten ein. Von den vormals gegründeten acht sind nur noch vier existent., von denen wiederum nur noch zwei tatsächlich aktiv sind. Die Übernahme des Bundesvorsitzes durch Personen aus Sachsen-Anhalt im Herbst 2007 sowie die Verlegung der Bundesgeschäftsstelle nach Bernburg stellten eine organisatorische und politische Herausforderung an die Aktivist/innen aus Sachsen-Anhalt dar, der sie jedoch, trotz gegenteiliger Bekundungen, bisher nur eingeschränkt gewachsen sind. Dabei kristallisierte sich Bernburg jedoch als wichtiges Zentrum neonazistischer Aktivitäten heraus, was sich in einer Vielzahl öffentlicher und interner Veranstaltungen 2008 in der Stadt selbst sowie im umliegenden Salzlandkreis widerspiegelte.

Dominierende Kraft innerhalb des organisierten Rechtsextremismus ist seit einigen Jahren die NPD. Zwar vermochte sie es bei den Kreistagswahlen 2007 nicht, ihren angestrebten Stimmenanteil von mehr als fünf Prozent zu erreichen. Jedoch gelang es der neonazistischen Partei überall dort Mandate zu erringen, wo sie zur Wahl angetreten war. Dies bedeutet zweifellos einen institutionellen Bedeutungszuwachs für die Partei und ihr Umfeld. Allerdings war der sachsen-anhaltische Landesverband der NPD insgesamt nicht in der Lage, aus dem Einzug in die Kreistage politisch Kapital zu schlagen. Das in den Kommunalparlamenten aufgebotene Personaltableau trug, von Ausnahmen im Landkreis Harz abgesehen, nicht dazu bei, die Präsenz rechtsextremer Politikangebote in der Öffentlichkeit des Landes. In der zweiten Jahreshälfte 2008 lähmten zudem interne Personalquerelen die Arbeit der NPD, sodass ihre Kampagnenfähigkeit stark eingeschränkt blieb. Mittlerweile hat sich jedoch unter Führung von Matthias Heyder ein neuer Landesvorstand gebildet, der den starken Einfluss des eher national-revolutionären und neonazistischen Flügels aus dem JN-Umfeld widerspiegelt. Der damit verbundene Konsolidierungsprozess soll die Partei zu neuen Erfolgen bei den im Juni 2009 anstehenden Kommunalwahlen, aber auch bei der nächsten Landtagswahl führen. Ob dies gelingen wird, bleibt angesichts des Mangels an „vorzeigbaren“ Persönlichkeiten abzuwarten.

Neben Parteiorganisationen ist der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt von neonazistischen Personenzusammenschlüssen geprägt. Diese grenzen sich teilweise von NPD und JN ab, sind aber auch vielerorts organisatorisch und personell eng mit ihnen verbunden. Hatte das Spektrum der so genannten Freien Kameradschaften in der Vergangenheit an Dynamik gegenüber den Strukturen der Junge Nationaldemokraten verloren, so ist seit 2008 eine Zunahme der Ausstrahlungskraft dieser Gruppen sowie eine weitgehende Stabilisierung ihrer Aktivitäten zu verzeichnen. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der fortschreitenden Modernisierung und Differenzierung der jugendkulturell-aktionistischen Codes der neonazistischen Personenzusammenschlüsse. Für öffentliche Furore sorgte etwa der Auftritt der „Autonomen Nationalisten“ (AN) am Rande einer rechtsextremen Maidemonstration in Hamburg. Charakteristisch für die AN ist die weitgehende Übernahme von Codes, Parolen und Formen der linken Autonomen. Ein Umstand, der es zunehmend schwieriger macht Neonazis zu erkennen. Gleichzeitig ästhetisieren diese militanten Neonazis Gewalt als integrierendes und identitätsstiftendes Element einer politisierten Jugendkultur. Hinzu kommen diffuse inhaltliche Bezüge zum Nationalsozialismus und zum Nationalbolschewismus. In Sachsen-Anhalt existieren nur wenige, eher bedeutungslose Gruppen, die explizit unter dem Namen „Autonome Nationalisten“ agieren. Dennoch ist bei Aufmärschen und anderen Aktionen innerhalb der militanten Neonazi-Szene tendenziell der Habitus der AN dominant.

Eine konstitutive Rolle für die lebensweltliche Reproduktion des jugendkulturellen Rechtsextremismus spielt neben dem parteigebundenen und dem parteinahen Rechtsextremismus ein Netz von subkulturell orientierten Kleinunternehmen, wie Musiklabel, Ladengeschäfte und Internetversände. Hinzu kommen in ganz Sachsen-Anhalt neonazistische Bands, die mittlerweile eine Fülle musikalischer Stile – vom NS-Black-Metal bis hin zu Liedermachern – repräsentieren. Die erlebnisorientierten jugendkulturellen Angebote bedienen die Identitätsbedürfnisse rechtsorientierter Jugendlicher und stärken sie zugleich. Der Verbreitungsgrad dieser Produkte reicht aber weit über die Kerngruppe rechter bzw. rechtsorientierter Jugendlicher hinaus. Sichtbar wird dies etwa an der Beliebtheit rechtsextremer Bekleidungsmarken unter Jugendlichen. Die umfassende Verfügbarkeit solcher kulturellen Angebote in Zeiten des alltäglichen Gebrauchs des Internets ermöglicht eine breite Streuung von extrem rechten Ideologie- und Lebensweltelementen jenseits rechtsextremer Personenzusammenschlüsse. Die hierbei propagierten Feindbilder werden von einem Teil der neonazistischen Szene in gewalttätige Übergriffe gegen gesellschaftliche Minderheiten umgesetzt.

Jeder dieser hier beschriebenen Faktoren für sich genommen ist noch nicht dramatisch. Doch gefährlich wird diese Entwicklung des Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt dann, wenn die einzelnen Elemente zusammenwirken und dadurch die gesellschaftliche Basis rechtsextremer Politikangebote verbreitern. Vor diesem Hintergrund wird es nicht ausreichen, auf die Herausforderung durch rechte Gewalttäter/innen sowie auf das vielfältige und aktionsorientierte Agieren rechtsextremer Partei- und Kameradschaftsaktivist/innen nur mit den üblichen staatlichen und gesellschaftlichen Antworten zu reagieren. Verschärfend kommt zu dieser Situation hinzu, dass ein wirkliches demokratisches Miteinander, das in der Bevölkerung verankert ist und mit Leben gefüllt wird, hierzulande Mangelware ist.

## **Zu den Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus**

Die Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. erscheinen in loser Folge. Sie decken aktuelle Themen und Begrifflichkeiten des modernen Rechtsextremismus ab.

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist ein Teilprojekt des Vereins Miteinander e. V. Durch die Arbeitsstelle werden Informationen zum Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus für die interessierte Öffentlichkeit und die Beratungsarbeit des Vereins aufbereitet.

Der gemeinnützige Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend-)Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der Opferhilfe.

Autoren: Pascal Begrich, David Begrich, Torsten Hahnel, Thomas Weber  
Redaktion: Sebastian Striegel, Pascal Begrich  
Redaktionsschluss: 13.03.2009

Miteinander e. V.  
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg  
David Begrich  
Erich-Weinert-Straße 30  
39104 Magdeburg  
Tel.: 0391-6207759  
begrich.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.  
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Halle  
Torsten Hahnel  
Platanenstraße 9  
06114 Halle (Saale)  
Tel.: 0345-2267456  
hahnel.rzs@miteinander-ev.de



*Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ und mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.*